



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 7
17.02.2017

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 32 %, SPD zwischen 33 % und 30 % SPD bei Emnid einen Prozentpunkt vor der Union
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung überwiegen optimistische Erwartungen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	---

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden Situation in den USA wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	---

Wichtigstes Thema:	US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	FG Wahlen² für ZDF
CDU/CSU	34 (-)	32 (-1)	34 (-2)
SPD	31 (-)	33 (+1)	30 (+6)
FDP	5 (-)	6 (-)	6 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	7 (-3)
B'90/Grüne	7 (-1)	7 (-)	9 (+1)
AfD	9 (-1)	9 (-1)	10 (-1)
Sonstige	6 (+2)	5 (+1)	4 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-10.02.	09.-15.02.	14.-16.02.

Die Union liegt bei forsa 3 (-), bei FG Wahlen 4 (-8) Prozentpunkte vor und bei Emnid 1 (-2) Prozentpunkt hinter der SPD.

Bei Emnid liegt die SPD vor der Union. Dies war letztmals im November 2006 der Fall.
Die Linkspartei liegt bei FG Wahlen bei 7 %. Dies ist der niedrigste Wert seit April 2016.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	38 (+1)
Schulz	37 (-)
Erhebungszeitraum	05.-10.02.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 1 (+1) Prozentpunkt vor Martin Schulz.

82 % (-1) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 10 % (+2) Schulz. Von den CSU-Anhängern würden sich 81 % (+8) für Merkel und 12 % (-2) für Schulz entscheiden.

79 % (+1) der SPD-Anhänger präferieren Schulz und 12 % (-2) Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (19.02.2017)

² im Vergleich zur KW 4

Problemlösungskompetenz

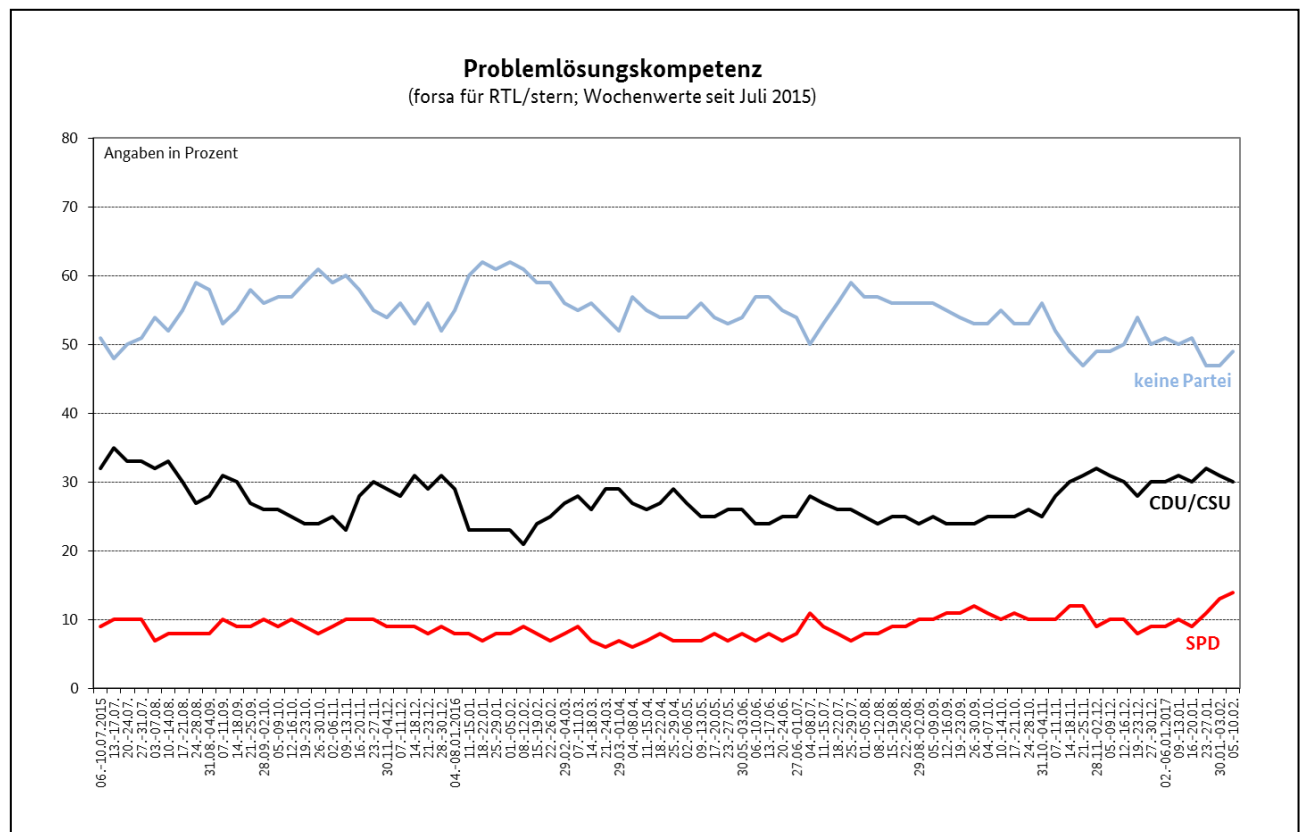
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
CDU/CSU	30 (-1)	
SPD	14 (+1)	
sonstige Parteien	7 (-2)	
keine Partei	49 (+2)	
Erhebungszeitraum	05.-10.02.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 16 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

49 % (+2) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

72 % (+2) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 46 % (+4) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Februar 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2017

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (-3)	28 (+3)	1 (-)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	67 (+2)	30 (-2)	2 (-)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	63 (+2)	32 (-4)	4 (+1)	1 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (-2)	37 (+3)	3 (-2)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	55 (-4)	40 (+2)	3 (+1)	1 (+1)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (-5)	38 (+5)	5 (-)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (+4)	40 (-2)	8 (-1)	0 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	47 (+1)	44 (-1)	8 (-)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	44 (-1)	39 (-4)	12 (+2)	4 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	43 (-3)	44 (+3)	11 (-)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	42 (-5)	45 (+4)	8 (-1)	4 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	39 (+2)	44 (-4)	15 (+2)	2 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	34 (neu)	43 (neu)	12 (neu)	8 (neu)
deutsche Interessen in der EU vertreten	30 (-5)	51 (+6)	13 (-2)	4 (-)
für Preisstabilität sorgen	29 (+4)	54 (-4)	14 (+1)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	28 (+1)	56 (-1)	14 (-)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	28 (-4)	50 (+3)	18 (+3)	3 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	28 (-)	45 (-6)	20 (+3)	5 (+2)
neue Technologien fördern	27 (-5)	53 (+6)	15 (-2)	3 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27 (+3)	52 (-3)	18 (+2)	4 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	24 (-1)	57 (+3)	14 (-3)	4 (+2)
Erhebungszeitraum	08.-14.02.2017			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von Anhängern der Linkspartei (89 %), der Grünen (82 %) und der FDP (81 %) als sehr wichtig angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (81 % zu 60 %) und Frauen häufiger als Männer (79 % zu 61 %). Anhängern der AfD (44 %) ist die Bildungspolitik unterdurchschnittlich oft sehr wichtig. Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 40- bis 49-Jährigen (75 %) sowie von Anhängern der Linkspartei (82 %), der Union und der AfD (jew. 74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (74 % zu 58 %). 30- bis 39-Jährige (57 %) und Ostdeutsche (59 %) sowie Anhänger der Grünen (55 %) nennen die Altersversorgung unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Februar 2017

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Januar 2017

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen im Ausland vertreten	74 (+9)	21 (-8)
deutsche Interessen in der EU vertreten	73 (+9)	20 (-9)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	70 (-3)	20 (+2)
neue Technologien fördern	64 (-5)	25 (+3)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	62 (-1)	35 (+1)
für Preisstabilität sorgen	61 (-5)	32 (+3)
innere Sicherheit gewährleisten	60 (+2)	37 (-2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	58 (-)	38 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	58 (-7)	39 (+9)
Verbraucherschutz stärken	56 (-3)	36 (+3)
Staatsschulden begrenzen	54 (-2)	38 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	53 (-5)	41 (+4)
Energiewende zügig vorantreiben	50 (-5)	44 (+3)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-4)	47 (+6)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (-1)	46 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	44 (-7)	48 (+4)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	41 (-4)	55 (+4)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (neu)	58 (neu)
Zuwanderung von Ausländern regeln	34 (-1)	63 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	33 (-3)	62 (+3)
Steuerlast gerecht verteilen	29 (-5)	65 (+4)
Erhebungszeitraum	08.-14.02.2017	

In 13 von 21 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Die höchste Zustimmung erhält die Bundesregierung für die Vertretung deutscher Interessen im Ausland (74 %) und in der EU (73 %), bei welchen sie einen Zuwachs von jeweils 9 Prozentpunkten verzeichnet, sowie für die Wirtschaftspolitik (70 %).

In den meisten Politikfeldern ist im Vergleich zum Vormonat der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich zurückgegangen; besonders in den Politikfeldern "Arbeitslosigkeit bekämpfen" und "für bezahlbare Strompreise sorgen" (jew. -7 Prozentpunkte).

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

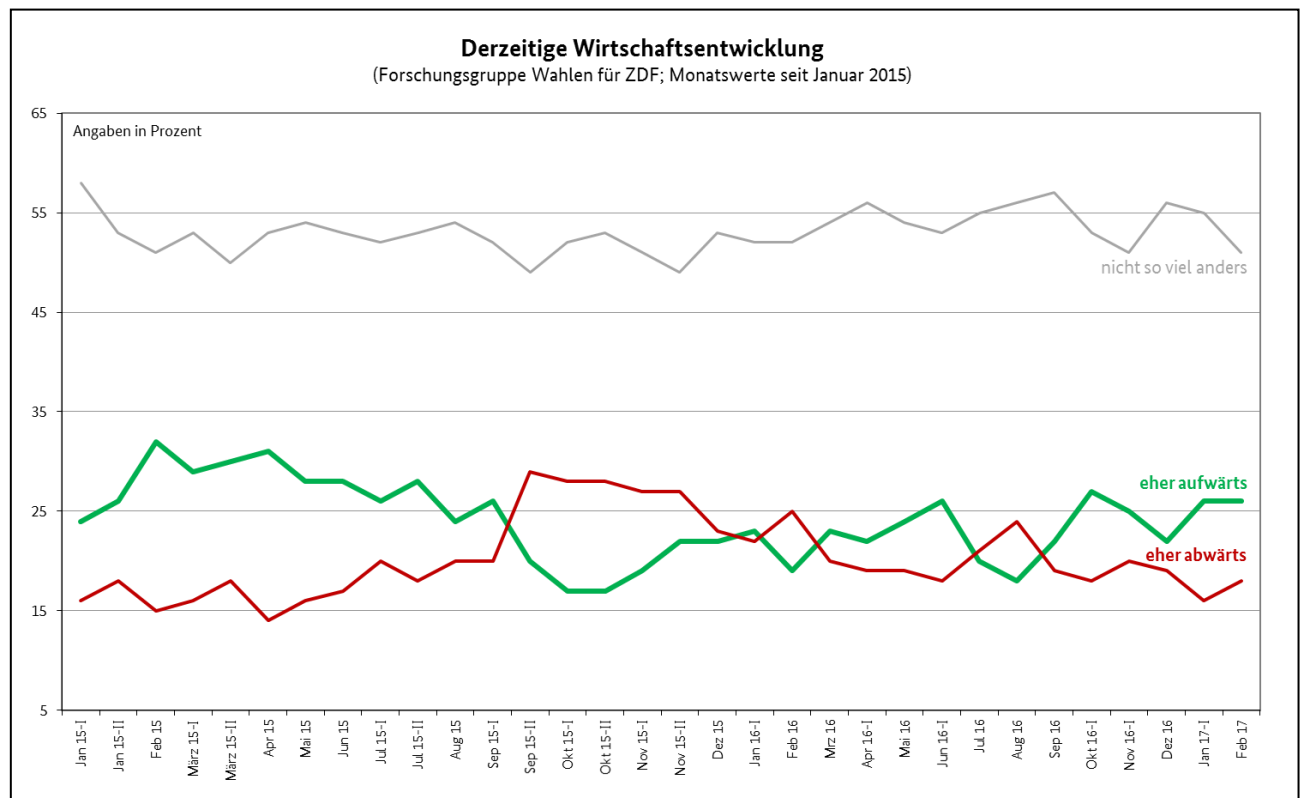
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF	
eher aufwärts	26	(-)
eher abwärts	18	(+2)
nicht so viel anders	51	(-4)
Erhebungszeitraum	14.-16.02.	

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 2 leicht verschlechtert.

Anhänger der FDP (44 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (28 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



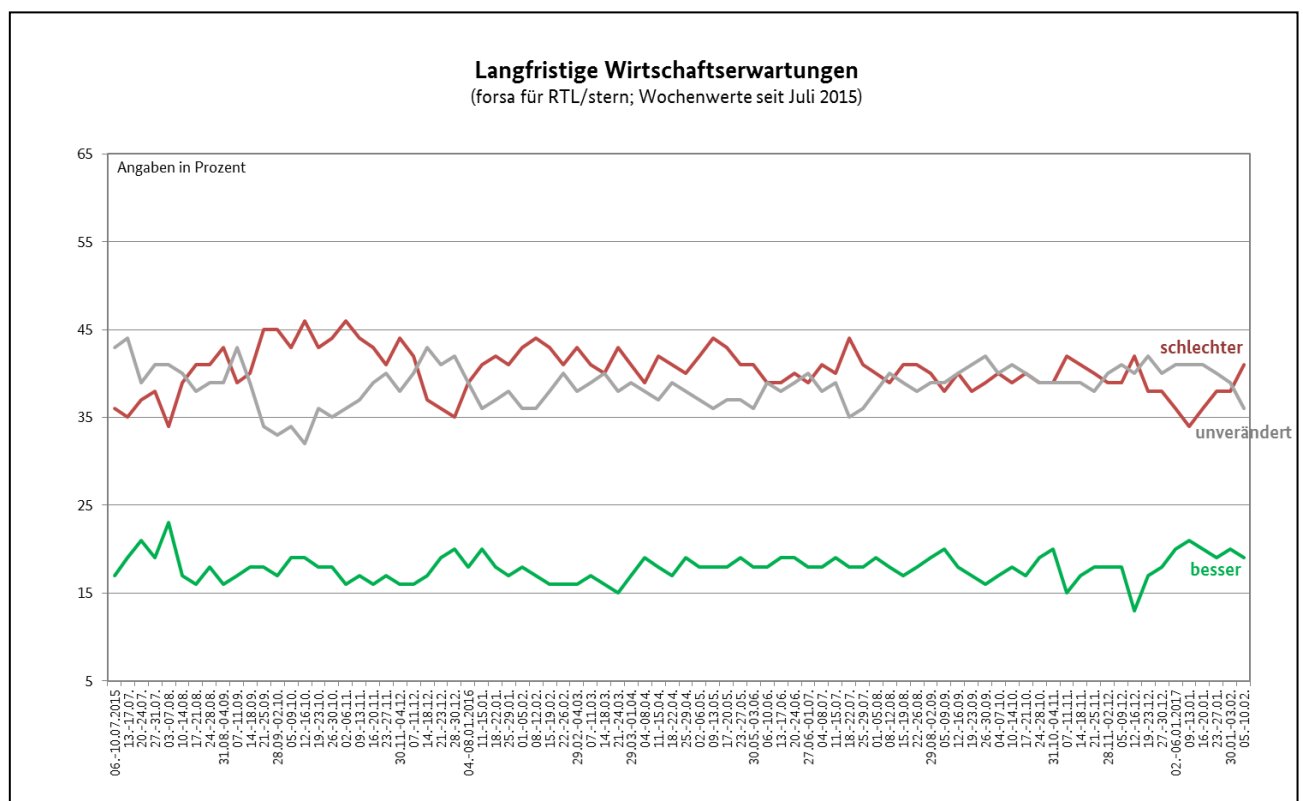
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	19	(-1)
schlechter	41	(+3)
unverändert	36	(-3)
Erhebungszeitraum	30.01.-03.02.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche verschlechtert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (+4) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
sehr große	12 (+1)
große	48 (-)
wenig	31 (-2)
keine	8 (+1)
Erhebungszeitraum	06.-10.02.

Anhänger der Linkspartei (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (69 % zu 51 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (65 % zu 46 %).

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
USA	26 (+7)
Asylbewerber, Flüchtlinge	12 (+1)
Syrien	12 (-5)
Naher Osten, arabische Länder	10 (+2)
Krieg/Terrorismus allgemein	9 (-2)
Islamischer Staat (IS)	8 (-2)
Russland	7 (-)
Türkei	6 (+1)
Ukraine	6 (+3)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4 (-)
Erhebungszeitraum	06.-10.02.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Situation in den USA die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der FDP (32 %), der Union (31 %) und der SPD (30 %) nennen die Situation in den USA überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Unter 30-Jährige (18 %) und Anhänger der AfD (33 %) nennen am häufigsten die Flüchtlingssituation als die größte Gefahr für Deutschland.

Anhänger der FDP (23 %) nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland.

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	36 (+3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (-2)
Deutschland tut bereits genug	53 (-1)
Erhebungszeitraum	06.-10.02.

Gutverdiener (43 %), Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) und Männer (41 %) sowie Anhänger der Grünen (51 %), der Linkspartei (46 %) und der FDP (44 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Frauen, Personen mit mittlerer formaler Bildung (jew. 60 %) und Geringverdiener (58 %) sowie Anhänger der Union (61 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 4

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	39 (-1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	15 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	42 (+2)
Erhebungszeitraum	06.-10.02.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (48 %) und Geringverdiener (45 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (34 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) sowie Anhänger der Union (55 %) und der Grünen (53 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Anhänger der AfD sind sowohl überdurchschnittlich oft der Ansicht, Deutschland nehme zu viel (57 %) als auch zu wenig (34 %) Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten. Lediglich 9 % der AfD-Anhänger meinen, Deutschland verhalte sich genau richtig.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
US-Präsidentschaft Donald Trump, Wahl in den USA	44 (-12)
Diskussion um Nachfolge des Bundespräsidenten, Wahl	17 (+17)
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	12 (-)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	9 (-2)
Kanzlerkandidatur SPD	6 (-7)
Erhebungszeitraum	14.-15.02.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit der US-Präsidentschaft Trumps. Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) sowie Anhänger der Grünen (66 %), der FDP (56 %) und der Linkspartei (49 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Gutverdiener nennen es häufiger als Geringverdiener (53 % zu 31 %). Ostdeutsche und unter 35-Jährige (jew. 38 %) sowie Anhänger der AfD (21 %) nennen es unterdurchschnittlich oft.

Anhänger der AfD nennen die Flüchtlingsströme bzw. die europäische Einwanderungspolitik (34 %) und das Thema "Ausländer in Deutschland/Zuwanderungs- und Asylpolitik" (26 %) überdurchschnittlich häufig.

